

Die deutsche Frage vor dem Einigungsvertrag: Parteien, Intellektuelle, Massenmedien in der Bundesrepublik

Von Andreas Rödder

Die deutsche Wiedervereinigung veränderte alles – auch den Blick auf die Zeit davor. Nach der Einheit erschienen die vorangegangenen Jahre in neuem Licht: nicht mehr als die Abenddämmerung einer entschwindenden deutschen Einheit, sondern, im Gegenteil, als ihre Morgenröte. So veränderten sich nach 1990 auch die Bewertungsmaßstäbe für diese Zeit: Was vor der Wiedervereinigung als zeitgemäß gegolten hatte, erschien nun oftmals als historisch überholt. Wie zu allen Zeiten ordneten sich in diesen neuen Perspektiven die Erinnerungen neu. Nach 1990 fand die deutsche Einheit plötzlich so viele aktive Befürworter in den Achtzigern, dass die Zeit selbst kaum wiederzuerkennen war.

Alles in allem waren die Zeiten vor 1989 weder so schwarz noch so weiß, wie es hinterher oft erscheinen wollte. Weder wurde die deutsche Einheit allgemein erwartet, noch war sie vollständig entrückt – die Dinge lagen differenzierter, wenngleich mit leitenden Tendenzen. Dabei traf der 9. November 1989 „mit einer geradezu elementaren Wucht den Nerv der deutsch-deutschen Befindlichkeiten“¹ und holte die Reflexionen der achtziger Jahre über Nation und deutsche Frage aus den luftigen Höhen der Theorie auf den harten Boden der Wirklichkeit – und zwang nicht nur zu verbalen Bekenntnissen, sondern zu konkretem Verhalten.

Erwartungen und Haltungen

70 bis 80 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung, so ergaben Allensbacher Meinungsumfragen im Jahr 1987, befürworteten eine Wiedervereinigung als langfristiges Ziel – und derselbe Anteil schloss aus, sie noch im 20. Jahrhundert zu erleben.² In der Bundesrepublik herrschte in den achtziger Jahren und ebenso 1989/90 ein eigentümliches Verhältnis zwischen Nähe und Ferne zur Wiedervereinigung. Das Thema war durchaus und durchgängig diskursiv präsent, und so entspann sich im Spätsommer 1989, während der Flüchtlingskrise, sofort eine lebhafte öffentliche Debatte über die Wiedervereinigung. Zugleich

1 Andreas WIRSCHING, *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 6, München 2006, S. 647.

2 Vgl. Gerhard HERDEGEN, *Perspektiven und Begrenzungen. Eine Bestandsaufnahme der öffentlichen Meinung zur deutschen Frage*. Teil 1: *Nation und deutsche Teilung*, in: *Deutschland Archiv* 20 (1987) 12, S. 1259–1273, hier 1263, 1265.

aber war der Gegenstand, auch zu diesem Zeitpunkt, ins Unwirkliche entrückt; zu festgefügt schien der bedingende Kontext. Die Debatte wurde nicht einmal im Potentialis, sondern im Irrealis geführt, so dass Formulierungen und Redeweisen vielfach Formelkompromisse ohne Erwartung ihres Realitätstests darstellten und nicht einfach zum Nennwert zu nehmen sind – zugleich aber waren sie in der Welt und somit von Bedeutung.

Dabei standen verschiedene Positionen nebeneinander, die nur durch fließende Grenzen getrennt waren. Zum einen gab es die Befürworter, denen die Einheit immer schon ein vordringliches Anliegen gewesen war, deren Positionen allerdings unter den politischen Bedingungen der siebziger und achtziger Jahre kaum politikfähig waren. Daneben standen grundsätzliche programmatische Befürworter ohne konkrete praktisch-politische Perspektive; ihnen bot sich 1989 ein Ansatz für einen Politikwechsel unter veränderten Umständen, während die Programmatik bis dahin eine Tendenz zu entrückter Rhetorik angenommen hatte. Übermächtig war bis 1989 eben die normative Kraft des Faktischen, die die Grenzen zwischen Pragmatismus, Gewöhnung und Gleichgültigkeit in der deutschen Frage verflüssigt hatte, zumal konkurrierend der Prozess einer bundesdeutschen Identitätsbildung vorangeschritten war – und dies *rebus sic stantibus* auf der Basis der Zweistaatlichkeit. Den Einheitsbefürwortern gegenüber standen am anderen Ende der Skala diejenigen, die eine Zweistaatlichkeit dezidiert akzeptierten, gar befürworteten.

Quer dazu baute sich, in allen politischen Lagern, eine andere politische Konstellation auf: eine zunehmende Tendenz nicht *pro* oder *contra* Wiedervereinigung, sondern der Vorordnung der europäischen Einigung, durch die „das Denken in Nationalstaatlichkeit irrelevant“ werden könne, so der für Außen- und Deutschlandpolitik zuständige stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Karl-Heinz Hornhues.³ In diesem Denken musste eine Lösung der deutschen Frage nicht zwingend durch eine staatliche Einheit erfolgen. Dies wiederum war gar nicht weit von Oskar Lafontaines Position entfernt: „Wiedervereinigung ja, aber ... in den ‚Vereinigten Staaten von Europa‘.“⁴

Tendenziell nahm in der politischen Kultur der Bundesrepublik in den achtziger Jahren eine genuin bundesdeutsche Identität zu, während die Bedeutung der Wiedervereinigungsperspektive zurückging. Dies stand – abgesehen von parteipolitischen Präferenzen und individuellen Haltungen – auch im Zusammenhang mit der generationellen Entwicklung: In den achtziger Jahren rückten diejenigen in Entscheidungspositionen vor, denen die deutsche Einheit qua po-

3 Karl-Heinz HORNHUES, „Große Chance zur Wiedervereinigung“, in: „Die Welt“ vom 13.10.1989.

4 ARD „Im Brennpunkt“ vom 21.9.1989: „Wer hat Angst vor der Wiedervereinigung?“ (ACDP, Pressedokumentation, 1/23/0).

litischer Überzeugung und mehr noch qua Sozialisation ein weniger vorrangiges oder auch gar kein Anliegen war. „Soll das alles wieder ein Provisorium sein?“ – so fragte die „Zeit“ Ende September 1989 im Hinblick auf die Bonner Republik und konstatierte: „Die Bonner Parteien und die Deutschlandpolitik – ein Bild der Verwirrung.“⁵

CDU/CSU

Als Regierungsparteien trugen CDU und CSU die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl, die gegenüber der sozial-liberalen Koalition praktisch-operative Kontinuität und normativ-deklamatorischen Wandel verband und die deutsche Frage verstärkt als offen kommunizierte. Dass sie dabei auf die Gesamtnation und zugleich auf eine bundesdeutsche Identität rekurrierte,⁶ war weder spannungsfrei noch widerspruchsfrei. Zugleich konnten die fein austarierten deutschlandpolitischen Formulierungen nicht überdecken, dass zwischen dem national-konservativen Flügel einerseits und der Richtung, die Generalsekretär Heiner Geißler mit Gedanken über eine multikulturelle Gesellschaft im europäischen Rahmen vertrat,⁷ eine nicht unerhebliche inhaltliche Spannweite lag. Im Vorfeld des Wiesbadener Bundesparteitages von 1988 kochten in der CDU vor diesem Hintergrund kontroverse Auseinandersetzungen über die Rangfolge zwischen europäischer und deutscher Einigung sowie über Begriff und Stellenwert der Wiedervereinigung hoch.⁸ Auch wenn daraufhin diverse Änderungen in den schlussendlich beschlossenen Papieren vorgenommen wurden, deutete die Kritik an einer zu passiven Deutschlandpolitik mindestens ebenso sehr darauf hin, dass in der politischen Praxis Zurückhaltung waltete und dass die normative Kraft des Faktischen auch in der CDU ihre Wirkung nicht verfehlte.

Als die deutschlandpolitische Debatte im Spätsommer 1989 aufkam, waren aus der Union umgehend Stimmen für eine Wiedervereinigung zu vernehmen. Doch waren sie erstens höchst zurückhaltend; Karl-Heinz Hornhues, der als besonders Genscher-freundlich galt, sah die Chance für eine Wiedervereinigung als groß wie nie und gab zugleich den – durchaus zweischneidigen –

5 Gunter Hofmann, „Soll das alles wieder ein Provisorium sein?“, in: „Die Zeit“ vom 29.9.1989.

6 Vgl. Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung*, Darmstadt 1999, S. 335–345.

7 Vgl. Florian Roth, *Die Idee der Nation im politischen Diskurs. Die Bundesrepublik Deutschland zwischen neuer Ostpolitik und Wiedervereinigung (1969–1990)*, Baden-Baden 1995, S. 341–344.

8 Vgl. Karl-Rudolf Korte, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Entscheidungsprozeß und Regierungsstil 1981–1989* (Geschichte der deutschen Einheit 1), Stuttgart 1998, S. 398–409.

Rat: „Sie ist umso größer, je weniger wir darüber reden.“⁹ Zweitens wurden auch Bekenntnisse zur deutschen Einheit „in historischer Perspektive“ abgegeben¹⁰; die Vorstellung einer Wiedervereinigung blieb allgemein und vage, wie die „Welt“ noch Ende November 1989 kommentierte: „Zeitweilig erinnern führende Unionspolitiker, wenn sie über die deutsche Frage diskutieren, an einen eingetragenen Verein zur Vermeidung angreifbarer Formulierungen.“¹¹

Zugleich aber war die CDU mit ihren programmatischen Vorgaben offen, den Weg der Wiedervereinigung einzuschlagen, als die deutsche Frage aus der Theorie in die Realität hereinbrach. Der latente Widerspruch zwischen befestigter bundesdeutscher Identität und reaktiviertem gesamt nationalem Anspruch ließ sich dabei dahingehend auflösen, dass sich die DDR der Bundesrepublik anschließen und nicht etwas völlig Neues erzeugen würde. Die Union schwenkte mit ihrem Kanzler auf operativen Einheitskurs ein.

Ausnahmen stellten die zahlenmäßig überschaubaren Parteivertreter dar, die sich im Vorfeld des Bremer Parteitages im September 1989 an einem Sturz Kohls versucht, ihn aber schließlich nicht gewagt hatten: der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth¹², der im September 1989 von Kohl aus dem Amt des Generalsekretärs expedierte Heiner Geißler, der im Oktober vor einem „Herumhämmern auf der Wiedervereinigung“¹³ warnte, und nicht zuletzt, mit der Autorität seines Amtes, Richard von Weizsäcker, den mit Kohl inzwischen eine tiefe gegenseitige Abneigung verband. Er sprach sich öffentlich – und unüberhörbar entgegen der Regierungspolitik – für die Sicherung der „Lebensfähigkeit“ der DDR aus, gegen ein „Anheizen“ der Entwicklung in der DDR von Seiten der Bundesrepublik und für eine Verlangsamung des Prozesses, für dessen konkrete Gestaltung er freilich keine konkreten Vorstellungen anbot.¹⁴

9 HORNHUES (wie Anm. 3).

10 Gerhard STOLTENBERG, „Unnatürliche Teilung Europas überwinden“, in: „Die Welt“ vom 27.10.1989.

11 Joachim NEANDER, „Im deutschen Wartesaal“, EBD. vom 23.11.1989.

12 „Keine isolierte deutsche Lösung“, in: „Stuttgarter Zeitung“ vom 23.11.1989: „Unsere Priorität muß ganz klar die Einbindung in den Westen sein. Von dort aus müssen wir Wege zu einer europäischen Friedensordnung suchen. Ich sehe keine isolierte Lösung für die Deutschen.“

13 Gastkommentar für die Mainzer „Allgemeine Zeitung“ vom 14.10.1989; vgl. auch Wolfgang JÄGER, *Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90* (Geschichte der deutschen Einheit 3), Stuttgart 1998, S. 76.

14 Zit. nach EBD. S. 75f. (u.a. nach einem Interview mit dem DDR-Fernsehen vom 13.12.1989); vgl. auch die Wiedergabe der Äußerungen Weizsäckers in der Aussprache am Zentralen Runden Tisch der DDR vom 19.2.1990, in: Uwe THAYSEN (Hg.), *Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente*, Bd. III, Wiesbaden 2000. S. 784, 787.

SPD

Die Sozialdemokraten „stimmen ... Ihnen in allen Zehn Punkten zu“,¹⁵ bekundete Karsten Voigt, der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, unmittelbar im Anschluss an Kohls Rede vom 28. November 1989. Bald rückte die größte Oppositionspartei freilich wieder von ihrer ungewöhnlichen Übereinstimmung mit der Regierung ab. Oskar Lafontaine, der saarländische Ministerpräsident und präsuntive Kanzlerkandidat warnte davor, deutschlandpolitische Unterschiede zur Regierung zu verwischen. Die SPD geriet in schwere Turbulenzen und ging schließlich tief „uneinig in die Einheit“¹⁶.

In den achtziger Jahren hatte die Partei der Ostpolitik eine veritable „Nebenaußenpolitik“ zu derjenigen der Bundesregierung betrieben. Mit der SED hatte die SPD drei fertige Vertragsentwürfe für eine chemiewaffenfreie Zone, einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa sowie eine „Zone des Vertrauens und der Sicherheit in Zentraleuropa“ ausgehandelt und obendrein im August 1987 ein gemeinsames Papier über den „Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ vorgelegt. In ihrer außen- und deutschlandpolitischen Orientierung relativierte die SPD in ihrer Hauptrichtung dabei auf der einen Seite die Westbindung der Bundesrepublik, während sie andererseits den Legitimationsvorbehalt und die grundsätzliche normative Distanz gegenüber SED und DDR abschwächte.¹⁷

Innerhalb der SPD tat sich dabei ein Spektrum unterschiedlicher Positionen auf. Einerseits fand die deutsche Zweistaatlichkeit zunehmende Akzeptanz, ja vielfach aktive Befürwortung, wie sich in Debatten um die Streichung der Präambel des Grundgesetzes und die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft zeigte.¹⁸ Der Begriff der Wiedervereinigung hingegen war weithin diskreditiert; als „reaktionär und hochgradig gefährlich“¹⁹ bezeichnete ihn der niedersächsische Fraktionsvorsitzende und nachmalige Ministerpräsident Gerhard Schröder Ende September 1989. Wer „von Wiedervereinigung daherrede“, so

15 *Verhandlungen des Deutschen Bundestages*, Sten. Ber., 11. WP, 177. Sitzung, S. 13514.

16 So der Titel der umfassendsten Darstellung der Politik der SPD im Hinblick auf die Wiedervereinigung: Daniel Friedrich STURM, *Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90*, Bonn 2006, zur Reaktion auf das Zehn-Punkte-Programm S. 217–230.

17 Vgl. Dieter GROH/Peter BRANDT, „Vaterlandslose Gesellen“. *Sozialdemokratie und Nation 1860–1990*, München 1992, S. 318.

18 Vgl. Timothy GARTON ASH, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München 1993, S. 462–468; Andreas VOGTMEIER, *Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung*, Bonn 1996, S. 222; Heinrich POTTHOFF (Hg.), *Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren*, München 1995, S. 47–63.

19 „Wiedervereinigung untauglicher Begriff“, in: FAZ vom 28.9.1989 (nach einem Gespräch für die „Hannoversche Allgemeine“).

der hessische Landesvorsitzende und ebenfalls nachmalige Ministerpräsident Hans Eichel, habe „aus der Geschichte nichts gelernt“.²⁰ Und der Regierende Bürgermeister von West-Berlin, Walter Momper, brandmarkte die Belebung des Gedankens der Wiedervereinigung seitens der Bundesrepublik Ende Oktober 1989 im Gespräch mit DDR-Oppositionellen als „eine der größten Heucheleien“.²¹ Momper lag auf der deutschlandpolitischen Hauptlinie der SPD, die 1989 von der Krise in der DDR völlig überrascht wurde, lange auf die Reformfähigkeit der SED setzte und darüber zunächst auch wenig Zugang zur neugegründeten SDP in der DDR fand.

Eine andere Richtung deutete sich, unter Rückgriff auf vermeintlich verschüttete nationale Orientierungsmuster, bei älteren Granden der Partei und beim „Seeheimer Kreis“ auf ihrem rechten Flügel an. In einer vielbeachteten – und innerhalb der SPD vielfach kritisierten – Rede vor dem Deutschen Bundestag stellte Erhard Eppler am 17. Juni 1989 die Reformfähigkeit des SED-Regimes infrage und erklärte die deutsche Frage für offen.²² Zum Protagonisten dieser Richtung schlechthin wurde schließlich Willy Brandt, der große alte Mann der bundesdeutschen Sozialdemokratie. Er verkörperte, aus der Tradition des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus heraus, das ‚andere Deutschland‘ und für seine zahlreichen Anhänger die Vision eines moralisch guten Sozialismus, überhaupt den Lebensentwurf des ‚links und frei‘. In den achtziger Jahren war er im Zuge der Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschlusses mit der gesamten SPD nach links gerückt und hatte sich auch deutschlandpolitisch mit dem Wort von der Hoffnung auf die Wiedervereinigung als der „Lebenslüge der zweiten Deutschen Republik“ exponiert – womit er keineswegs, wie er später einmal sagte, nur eine Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937 meinte, sondern auch eine nationalstaatliche Vereinigung von Bundesrepublik und DDR.²³ Am Ende aber entdeckte er die Nation und die Wiedervereinigung wieder.

20 Hans EICHEL, „Jetzt: Konkrete deutsch-deutsche Politik“, in: „Wir Hessen“, November 1989 (ACDP, Pressedokumentation, 1/23/0).

21 MfS-Information 485/89 über das Wirken antisozialistischer Sammlungsbewegungen und damit im Zusammenhang stehende beachtenswerte Probleme, 30.10.1989, BStU, MfS, ZAIG 3756, Bl. 154–165, hier 161.

22 *Texte zur Deutschlandpolitik*, III/7, hg. vom Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1989, S. 158–170. Vgl. auch Epplers Interviewäußerung gegenüber dem „Stern“ vom 26.9.1989: „Wir müssen uns eine Option auf die deutsche Einheit offenlassen für den Fall, daß sich die DDR als nicht lebensfähig erweist“, zit. nach FAZ vom 27.9.1989: „Eppler spricht sich für Option auf deutsche Einheit aus“. Vgl. auch das engagierte Plädoyer des ehemaligen Hamburger Bürgermeisters Klaus von DOHNANYI für eine deutsche Wiedervereinigung im „Stern“ vom 16.11.1989: „Wiedervereinigung: Konflikt zwischen Kopf und Bauch?“

23 In der „Frankfurter Rundschau“ vom 15.9.1988, S. 8: „Ein Notdach, unter dem der Rechtsstaat sich entwickeln konnte. 40 Jahre Grundgesetz“ (dort auch das Zitat), wandte sich Brandt gegen die „Lebenslüge“ einer Wiedervereinigung als der Vorstellung von einem

Schon auf dem Balkon des Schöneberger Rathauses am 10. November 1989 hatte Brandt inhaltlich unübersehbar näher bei Kohl als bei seinem Parteifreund Momper gestanden. Dieser legte gegenüber dem Kanzler am Tag darauf noch einmal kräftig nach und warf ihm „eklatantes Versagen in dieser entscheidenden Situation der deutschen Geschichte“ vor: „Herr Kohl hat offenbar mit dem Umdenken, was jetzt gefordert wird ..., noch nicht begonnen. Er ist weiterhin mit dem Denken von vorgestern verhaftet [sic].“ Kohl „quatscht dabei von Wiedervereinigung“ und „hat offenbar nicht begriffen, ... daß die Menschen in der DDR nicht die Wiedervereinigung interessiert, sondern ein freies Europa mit offenen Grenzen“.²⁴

Damit war Momper wiederum nicht weit von Oskar Lafontaine entfernt, der von „Ko(h)lonialismus“ sprach und die Zehn Punkte als „großen diplomatischen Fehlschlag“²⁵ kritisierte. Links, aber nicht dogmatisch, zuweilen sprunghaft und von unduldsamer Selbstherrlichkeit, galt der 1943 geborene Saarländer mit seiner Leidenschaft und Begeisterungsfähigkeit als der führende der „Enkel“ Willy Brandts, die in der SPD inzwischen in die leitenden bzw. meinungsbildenden Positionen eingerückt waren. Eine biologische Generation jünger als Brandt, verkörperte er politisch jene Generationskohorte der „68er“, die auf die Generation des Krieges (ob Soldaten wie Schmidt, Kommunisten wie Wehner oder Exilanten wie Brandt) sowie auf die sogenannte „skeptische Generation“ folgte, zu der Hans-Jochen Vogel ebenso zählte wie Helmut Kohl.²⁶

Lafontaines politisches Kernanliegen 1989 lag im ‚ökologischen Umbau der Industriegesellschaft‘. Während sich Nationalstaat und Europa in der Vorstellung Helmut Kohls ergänzten, hegte Lafontaine wenig Interesse an der „Nation“ und plädierte für eine (west)europäische Union unter dezidierter Abkehr vom Nationalstaat, der „schon heute die Vernünftigkeit seiner Idee überlebt“²⁷

„Anschluß der DDR an die Bundesrepublik“ aus der „nationalpolitisch [v]ergangenen“ Theorie eines fortwirkenden deutschen Gesamtstaates heraus – ohne die freilich die Legitimation einer staatlichen Vereinigung von Bundesrepublik und DDR entfiel. Vgl. auch Heinrich August WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*. Zweiter Band: *Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, München 2000, S. 471, JÄGER (wie Anm.13), S. 154 mit S. 562 Anm. 39, sowie zu Brandt allgemein v.a. Peter MERSEBURGER, *Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist*, Stuttgart 2002

24 Pressekonferenz Mompers vom 11.11.1989, in: „tageszeitung“ vom 13.11.1989.

25 Zit. nach STURM (wie Anm. 16), S. 226.

26 Helmut SCHELSKY, *Die skeptische Generation*, Düsseldorf 1957; zu den politischen Generationen der Bundesrepublik vgl. Clemens ALBRECHT in: DERS. u.a., *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule*, Frankfurt/M. 1999, S. 498–506; Überblick bei Andreas RÖDDER, *Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990* (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 19a), München 2004, S. 194f.

27 Oskar LAFONTAINE, *Die Gesellschaft der Zukunft – Reformpolitik in einer veränderten Welt*, Hamburg 1988, S. 188.

habe. Ganz westlich-postmodern orientiert, ohne Verpflichtung allerdings auf die Westbindung an die USA, im Gegenteil, besaß Lafontaine keine wirkliche Beziehung zu DDR und Wiedervereinigung. Wiederholt wies er 1990, so Egon Bahr, Bitten von Vorstandsmitgliedern der SPD, er möge einmal zeigen, dass er sich über die Einheit freue, mit dem Bemerken zurück, dass er nicht so empfinde²⁸. Lafontaine und mit ihm weite Teile der Sozialdemokratie vermochten europäischen Kosmopolitismus und deutsche Nation, Freiheit und Einheit nicht zusammenzudenken und daher auch keine wirklich konstruktive Haltung gegenüber dem deutschen Einigungsprozess zu entwickeln.²⁹

Stattdessen benannte Lafontaine deutlich wie kaum ein Zweiter die Probleme, die sich mit dem Zusammenbruch der DDR ergaben. Um den Strom der Übersiedler aus der DDR zu stoppen, ventilierte er im November 1989 Ideen, die Staatsbürgerschaft der DDR anzuerkennen und Sonderleistungen für Übersiedler zu streichen. So gab er in der saarländischen Staatskanzlei ein juristisches Gutachten in Auftrag, das Wege einer Zuzugsbeschränkung ausloten sollte – womit er scharfe Kritik aus den Reihen der SPD selbst auf sich zog.³⁰ Das deutschlandpolitische Ziel sah er, wenn überhaupt, dann eher in der Angleichung der Lebensverhältnisse in beiden deutschen Staaten im Zeichen der ohnehin supranationalen sozialdemokratischen „Idee der sozialen Gerechtigkeit“ – ohne freilich zu sagen, wo die dafür erforderlichen Mittel herkommen sollten – als in der für ihn nachrangigen „Rechtskonstruktion“ einer staatlichen Einheit.³¹ Während des Einigungsprozesses setzte Lafontaine weniger auf nationalen Konsens als, im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen, auf Konfrontation gegenüber der Bundesregierung, die ihrerseits das Wahldatum ebenfalls stets vor Augen hatte.

So blieben auch Hans-Jochen Vogels Bemühungen als Partei- und Fraktionsvorsitzender vergeblich, die Partei auf einer mittleren Linie zusammenzuhalten und mit konkreten Vorschlägen politische Wirkung zu entfalten. Inkompatibel mit der unerwartet tiefgreifenden Gesamtentwicklung, vermochte die SPD im Vereinigungsprozess keinen gestaltenden Einfluss zu gewinnen. Der Vorschlag einer Währungsunion mit der DDR kam zwar, zumindest öf-

28 JÄGER (wie Anm. 13), S. 155.

29 Vgl. dazu auch Jan-Werner MÜLLER, *Another Country. German Intellectuals, Unification and National Identity*, New Haven/London 2000, S. 120–150.

30 Vgl. STURM (wie Anm. 16), S. 230–237; JÄGER (wie Anm. 13), S. 69, 155; Dieter GROSSER, *Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln* (Geschichte der deutschen Einheit 2), Stuttgart 1998, S. 189.

31 Vgl. Lafontaines Rede auf dem Berliner SPD-Parteitag am 19.12.1989, in: *Protokoll vom Programm-Parteitag Berlin, 18.–20.12.1989*, hg. vom Vorstand der SPD, Bonn o.J., S. 253f. (Zitate S. 254); vgl. auch FAZ vom 20.12.1989: „Lafontaine: Soziale Gerechtigkeit wichtiger als staatliche Einheit“, bezeichnenderweise unter dem Hauptartikel über Kohls Besuch in Dresden am 19.12.1989.

fentlich, ursprünglich aus ihren Reihen – aber nicht einmal diese Initiative vermochte die SPD für sich zu reklamieren, sondern es war schließlich Kohl, der auch diesen Coup für sich verbuchte.

FDP

Mit dem Zehn-Punkte-Programm hatte Kohl nicht zuletzt das Ziel verfolgt, auch dem Koalitionspartner nicht die Initiative zu überlassen. Die FDP – bis in die sechziger Jahre die dezidiert nationale Partei im bundesdeutschen Spektrum – folgte außen- und deutschlandpolitisch ganz ihrem langjährigen Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der mit großer Popularität in der bundesdeutschen Öffentlichkeit eine Politik des internationalen Ausgleichs, der multilateralen Einbindung und der europäischen Integration betrieb. In europapolitischer Hinsicht mit Kohl im Grunde ganz einig, setzte er doch vernehmbar andere Akzente als der Kanzler, indem er deutlich stärkere Rücksichten auf Zustimmung von und Konsens nach außen nahm. Schon vor dem Schöneberger Rathaus hatte er am 10. November 1989 sogleich „die Grenze zwischen Deutschen und Polen“³² bekräftigt, und auch hinsichtlich der Thematisierung einer Wiedervereinigung überhaupt agierte er deutlich vorsichtiger als Kohl, dessen Zehn-Punkte-Programm er keineswegs guthieß – vorsichtiger auch als FDP-Parteichef Otto Graf Lambsdorff, der im Oktober, wenn auch in einem weiten zeitlichen Horizont, das „Ziel der deutschen Einheit“³³ ansprach. Die FDP folgte im Einigungsprozess der multilateral-integrationspolitischen Linie Genschers, blieb dabei freilich weithin im Windschatten der vorwärtsdrängenden Kräfte der Union in Kanzleramt, Finanzministerium und Parteiapparat.

Die Grünen

Die Grünen hatten der DDR gegenüber in den achtziger Jahren – bei aller Unterschiedlichkeit der Positionen zwischen den einzelnen Flügeln – eine Doppelstrategie verfolgt, indem sie Kontakte zu Regime und Oppositionellen unterhielten, zur Oppositionsbewegung auch mehr als alle anderen bundesdeutschen Parteien. Zugleich kamen sie dem SED-Regime mit der dezidierten Befürwortung der Zweistaatlichkeit und der Anerkennung seiner deutschlandpolitischen Forderungen am weitesten entgegen. Die fundamentalistische Richtung verwarf eine Wiedervereinigung aus einem dogmatischen Antikapitalismus heraus, während der realpolitische Flügel, im Sinne von Günter Grass,

32 *Texte zur Deutschlandpolitik*, III/7 (wie Anm. 22), S. 404.

33 Vgl. Lambsdorff, anders als Genscher in deutscher Frage, in: „Welt am Sonntag“ vom 15.10.1989.

von einer historischen Legitimation der Teilung durch Auschwitz ausging und, wie Oskar Lafontaine, auf europäische Integration statt nationaler Einheit setzte.³⁴ Deziert lehnten die Grünen die Präambel des Grundgesetzes mit dem Wiedervereinigungsgebot ab.³⁵

In dieser Logik lag auch das Verhalten der Grünen im Herbst 1989, auch nach dem Fall der Mauer. Antje Vollmer, Vertreterin der deutschlandpolitisch flexibleren Gruppe ‚Aufbruch‘ zwischen den beiden Flügeln der Partei, kritisierte am 8. November 1989 im Bundestag den „unaufhaltsamen Versöhnungs-imperialismus Helmut Kohls“ und die Rede vom „Sieg der westlichen Werte“ als „bundesdeutschen Wohlstandschauvinismus“. Die Wiedervereinigung sei „überholter denn je“, vielmehr entstehe in der DDR erstmals „eine eigene DDR-Identität“.³⁶ Als Reaktion auf Kohls Zehn-Punkte-Programm plädierten die Grünen für eine „Politik der Zweistaatlichkeit ohne jedes Wenn und Aber“³⁷. Zwei Tage später legten sie einen eigenen Sieben-Punkte-Plan vor, der sich ganz auf der Linie der Oppositionsbewegung in der DDR bewegte und die Eigenständigkeit der DDR auf einem ‚dritten Weg‘ forderte.³⁸ Wie die Oppositionsbewegung der DDR befanden sich die Grünen in einem Konflikt mit der Selbstbestimmung der DDR-Bevölkerung und gerieten schließlich, konsequenterweise, mit der Oppositionsbewegung ins Abseits.

Erst als sich die Unumgänglichkeit der Wiedervereinigung abzeichnete, gaben die Grünen im Februar 1990 den Anspruch auf Zweistaatlichkeit auf und forderten nunmehr Konzepte des „dritten Weges“ nun für Gesamtdeutschland.³⁹ Auch damit vermochten sie freilich keine gestaltende Kraft im Einigungsprozess zu entfalten. Dieser wurde für die Grünen, ähnlich wie für die SPD, zu einer Anpassungskrise; nicht zuletzt von daher scheiterten die westdeutschen Grünen bei den Bundestagswahlen im Dezember 1990 an der 5%-Hürde.

Wissenschaftler und Intellektuelle

Allzu leicht und wohlfeil, und doch unübersehbar⁴⁰ ist der Umstand, wie sehr nicht nur Politiker und Journalisten, sondern auch die sogenannten Experten

34 Vgl. WIRSCHING (wie Anm. 1), S. 652; JÄGER (wie Anm.13), S. 183–185.

35 Vgl. Joschka Fischer vor dem Hessischen Landtag im Juli 1989, zit. nach Jens HACKER, *Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*, Berlin 1992, S. 231.

36 *Texte zur Deutschlandpolitik*, III/7 (wie Anm. 22), S. 361.

37 Zit. nach Werner WEIDENFELD u.a., *Außenpolitik für die deutsche Einheit. die Entscheidungsjahre 1989/90* (Geschichte der deutschen Einheit 4), Stuttgart 1998, S. 113.

38 JÄGER (wie Anm.13), S. 186.

39 EBD. S. 188, 191; WIRSCHING (wie Anm. 1), S. 652.

40 Vgl. dazu mit deziert normativer Perspektive und *magna cum ira* gegenüber allen Abweichlern von Wiedervereinigungsothodoxie, als Quellenfundus aber aufschlussreich HACKER (wie Anm. 35).

von der Wucht der deutschen Entwicklungen 1989/90 überrascht wurden und wie falsch die Zeitgenossen mit vielerlei Einschätzungen lagen. Der stets als „Osteuropa-Experte“ apostrophierte Wolfgang Leonhard gab der BBC im Oktober 1989 auf die Frage, ob „die derzeitigen Entwicklungen in Mitteleuropa ... eines Tages eine Wiedervereinigung Deutschlands bewirken“ könnten, entschieden zur Antwort, er „halte dies nicht für möglich“. Sollte ein Reformprozess in der DDR in Gang kommen, würden die Menschen „zum ersten Mal auch etwas für ihre DDR empfinden“ und somit anstelle einer Wiedervereinigung „eher zwei demokratische deutsche Systeme“ stehen.⁴¹ Ebenso weit an der Realität vorbei gingen Vorhersagen der wirtschaftlichen Entwicklung oder die Wahrnehmung der medienpräsenten Politikwissenschaftlerin Margarita Mathiopoulos: „Die Bürger der DDR wollen die Wiedervereinigung nicht. ... Auf Demonstrationen fordern die Menschen Reformen, nicht Wiedervereinigung.“ Stattdessen postulierte sie am 17. November, acht Tage nach der Öffnung der Mauer in einem großen Artikel in der „Zeit“: „Wir müssen die Teilung Deutschlands anerkennen, um die Teilung Europas zu überwinden.“⁴² Mangels allenthalben wirklich verlässlicher Expertise war der Blindflug der politischen Verantwortungsträger in die Einheit unausweichlich.

Ebenso wenig zeichnete sich eine *common opinion* unter den Intellektuellen ab, die sich gesellschaftspolitisch zu Wort meldeten. In einem breiten Spektrum von Positionen herrschte dabei ein gewisses Übergewicht linker Nations- und Einheitsskepsis vor. Obstinat und exponiert argumentierte Günter Grass gegen die deutsche Einheit, so etwa im Februar 1990: „Wer gegenwärtig über Deutschland nachdenkt und Antworten auf die deutsche Frage sucht, muß Ausschwitz mitdenken. Der Ort des Schreckens, als Beispiel genannt für das bleibende Trauma, schließt einen zukünftigen deutschen Einheitsstaat aus. Sollte er, was zu befürchten bleibt, dennoch ertrotzt werden, wird ihm das Scheitern vorgeschrieben sein.“⁴³

Vom Vorwurf der „Raubrittermentalität“ der BRD in der DDR⁴⁴ war es nicht weit zum Vorwurf des „pausbackigen DM-Nationalismus“, den Jürgen Habermas als Wurzel des Einigungsprozesses ausmachte, gestützt auf die

41 Wolfgang LEONHARD, „The World Tonight“, Interview für BBC vom 6.10.1989 (Abschrift des Bundespresseamts) (ACDP, Pressedokumentation, 1/23/0).

42 Margarita MATHIOPOULOS, „Auf die Einheit verzichten. Statt Wiedervereinigung ein Friedensvertrag für Europa“, in: „Die Zeit“ vom 17.11.1989.

43 Günter GRASS, *Kurze Rede eines vaterlandslosen Gesellen* (Rede in der Evangelischen Akademie Tutzing, 2.2.1990), in: DERS., *Ein Schnäppchen namens DDR. Letzte Reden vorm Glockengeläut*, Frankfurt/M. 1990, S. 7–14, hier 13.

44 Interview mit Günter Grass zum Prozess der deutschen Einheit, in: Wolfgang JÄGER/ Ingeborg VILLINGER, *Die Intellektuellen und die deutsche Einheit*, Freiburg i. Br. 1997, S. 236.

„vorpolitischen Krücken von Nationalität und Schicksalsgemeinschaft“⁴⁵. Aus solchen Verdikten sprach eine auf Seiten der politischen Linken allgegenwärtige tiefe Abneigung gegen das geradezu verselbständigte Feindbild des „Nationalstaats“ und eine dezidiert postnationale, europäisch-westliche Orientierung im Sinne Oskar Lafontaines. Dies gilt auch für Hans-Ulrich Wehler, einen der meinungsstärksten und öffentlich besonders präsenten deutschen Historiker, der die „staatliche Einheit“ im Oktober 1989 als „höchst dubioses Ziel“ verwarf und stattdessen für eine „gemeineuropäische Konföderation“ als „Optimum“ und „Ideal“ votierte, einschließlich der zwangsläufigen „Anerkennung des Staates DDR“.⁴⁶

Demgegenüber reflektierte sein bürgerlicher Antipode Thomas Nipperdey auf das (in den Diskussionen der achtziger Jahre konservativerseits mit der Nation verbundene) Konzept der „Identität“ und die – historisch oder politisch nicht weiter begründete – Vorstellung ihrer „Normalität“: „Wer nationale Identität nicht sozusagen selbstverständlich hat, hat ein Identitätsproblem, leidet an einem Identitätsverlust oder einer Störung.“⁴⁷ Gewohnt pointiert konstatierte Hans-Peter Schwarz frohlockend das „Ende der Identitätsneurose“ mit dem Ende ihrer Hauptursache, der Teilung des Landes; ihr Ergebnis sei die „endlich normale Bundesrepublik“.⁴⁸

Dabei folgten die Debatten gewissen sprachlichen Mustern. Die linke Kritik neigte zur Dämonisierung der Gegenseite und reklamierte für sich – paradigmatisch Jürgen Habermas – das Rationale und zugleich das Moralische. Die konservative Kritik der linken Nationskritik operierte demgegenüber nicht mit rationaler Deduktion, sondern mit Begriffen aus dem semantischen Feld von Krankheit, der gegenüber sie für sich das Normale und Gesunde reklamierte – zuzüglich einem teleologischen Zug erfüllter Sehnsucht der in einem obligaten „endlich“⁴⁹ zum Ausdruck kam.

Alles in allem schälten sich aus der polemisch aufgeladenen Meinungsfülle keine wirklich leitenden Tendenzen heraus, kein politisch normierender Referenzrahmen, auch nicht seitens der von bürgerlich-konservativer Seite als dominant wahrgenommenen (in Wahrheit gerade in der deutschen Frage ih-

45 Jürgen HABERMAS, „Der DM-Nationalismus“, in „Die Zeit“ vom 30.3.1990.

46 Hans-Ulrich WEHLER, „Deutsche Frage und europäische Antwort“, in: „Frankfurter Rundschau“ vom 14.10.1989.

47 Thomas NIPPERDEY, „Die Deutschen wollen und dürfen eine Nation sein“, in FAZ vom 13.7.1990. Ähnlich der politisch keineswegs konservative Althistoriker Christian MEIER, „Die deutsche Einheit als Herausforderung. Beide Seiten könnten und sollten voneinander lernen“, in FAZ vom 24.4.1990.

48 Hans-Peter SCHWARZ, „Das Ende der Identitätsneurose“, in: „Rheinischer Merkur“ vom 7.9.1990.

49 Vgl. auch Martin WALSER, „Vom Stand der deutschen Dinge“, in: FAZ vom 5.12.1989: „Eine selbstverständliche Zusammengehörigkeit durfte sich endlich ausdrücken.“

rerseits recht heterogenen) Linken mit ihrem moralisierten Anspruch. Jedenfalls waren die bürgerlich-liberalen Entscheidungsträger auch gegen diesen gefühlten *mainstream* handlungsfähig und sehr viel handlungsfähiger als in vielen gesellschaftspolitischen Fragen der achtziger Jahre. Umgekehrt waren die Intellektuellen für den Gesamtzusammenhang der Wiedervereinigung nur von untergeordneter Bedeutung. Am ehesten gelang es einzelnen von ihnen, als historisch-politische Berater der Bundesregierung, insbesondere Helmut Kohls, in das Geschehen einbezogen zu werden, aber auch dies mehr zur Absicherung einer bereits initiierten Politik als zu ihrer originären Gestaltung.

Massenmedien und öffentliche Meinung

Auf journalistischer Ebene erklang in der deutschen Frage eine Kakophonie der meinungsstarken Tagesgebundenheiten. Hingegen entfalteten auch die Massenmedien keine identifizierbar einheitliche, die Politik treibende Kraft.

„Wer heute das Gerippe der deutschen Einheit aus dem Schrank holt,“, so schrieb Theo Sommer, der Chefredakteur der „Zeit“ nach Gorbatschows Besuch in Bonn im Juni 1989, „kann alle anderen nur in Angst und Schrecken versetzen.“⁵⁰ Demgegenüber akklamierte der Gründer und Verleger des Blattes, Gerd Bucerus, eine deutsche Wiedervereinigung unter der Bedingung, dass die deutsche Ostgrenze anerkannt werde, als legitimes Ziel und bereits im Oktober 1989 – ganz auf der Linie der zu diesem Zeitpunkt noch wenig angesehenen Gesamttendenz – als teure, aber „hervorragende Investition“.⁵¹ Er brachte, 1906 geboren und eine Generation älter als Theo Sommer, die Reflexe und Instinkte einer Generation zum Ausdruck, für die ein vereintes Deutschland Normalität und somit auch einen politischen Wert darstellte.

Dasselbe galt für den 1923 geborenen Rudolf Augstein. Gemeinsam mit Helmut Schmidt plädierte er im Juli 1989 dafür, den Anspruch auf die deutsche Einheit aufrechtzuerhalten, und forderte am 20. November, im Sinne der Einheit, zu „sagen, was ist“⁵² – ohne dass dies die *mainstream*-Meinung des „Spiegel“ gewesen wäre, in dem viel mehr eine breite Palette von Positionen mit obligat kritisch-provokativem Habitus vertreten wurde. Die Haltung des „Spiegel“ gab es nicht; Chefredakteur Erich Böhme etwa bekannte Ende Oktober 1989: „Ich möchte nicht wiedervereinigt werden.“⁵³

Vereinigungsskeptische Grundtöne schlugen auch die „Süddeutsche Zeitung“ und der „Stern“ an,⁵⁴ wohingegen die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“

50 Theo SOMMER, „Quo vadis Germania?“, in: „Die Zeit“ vom 23.6.1989.

51 Gerd BUCERIUS, „Opfer bringen für die Wiedervereinigung“, EBD. vom 13.10.1989.

52 Rudolf AUGSTEIN, „Antwort auf eine nicht gestellte Frage“, in: „Der Spiegel“ vom 3.7.1989; DERS., „Sagen, was ist“, EBD. vom 20.11.1989.

53 Erich BÖHME, „Die Gelegenheit ist günstig“, EBD. vom 30.10.1989.

traditionell die Offenheit der Geschichte betont und am Wiedervereinigungsanspruch festgehalten hatte. Auch hier entfaltete sich freilich ein Spektrum unterschiedlicher Denker und Meinungen. Aufs Ganze gesehen, ließ sich die FAZ früher als andere Organe auf den Gedanken einer konkreten Wiedervereinigung ein, betrieb allerdings keineswegs vorwärtsstürmend visionäre Wiedervereinigungspublizistik, sondern agierte eher zurückhaltend und zögerlich. Anders allein die Blätter aus dem Springer-Verlag, „Bild“ und „Welt“. Sie setzten dezidierte Akzente für die Wiedervereinigung und forderten am selben Tag, da Margarita Mathiopoulos in der „Zeit“ für die Anerkennung der Teilung votierte, die „Einheit in Freiheit“, während sie die Bundesregierung bis Ende November für ein zu zögerliches Vorgehen tadelten.⁵⁵

An der demoskopisch gemessenen öffentlichen Meinung lag dies näher als die intellektuelle und journalistische Vereinigungsskepsis linksliberaler bzw. linker Provenienz. Die bereits angesprochene Tendenz der achtziger Jahre, die deutsche Einheit zu befürworten und zugleich zu erwarten, dass sie nicht eintritt, setzte sich bis in den Herbst 1989 hinein fort. Eine Blitzumfrage für die ARD-Sendung „Im Brennpunkt“ am 21. September 1989 wirft ein Schlaglicht: 79 % der Befragten hielten eine Wiedervereinigung für wünschenswert und 68 % in nächster Zeit nicht für möglich; in der Sendung „Pro und Contra“ vier Wochen später stimmten am Schluss etwas mehr als 62 % für eine Wiedervereinigung.⁵⁶

Wie auch immer die gemessenen Zahlen im Einzelnen ausfallen mochten: Eine breite Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung war im Herbst 1989 für eine deutsche Wiedervereinigung. Allerdings fanden hier nicht wie sonst im politischen System der Bundesrepublik langwierige Aushandlungsprozesse in einem differenzierten Meinungskosmos statt. Vielmehr übernahm die Regierung in jenem tiefgreifenden, die Notwendigkeiten des Handelns diktierenden Prozess Ende November die politische Führung, die sie für einige Monate in außergewöhnlichem Maße ausüben vermochte. Der Wille der Bevölkerung in der Bundesrepublik spielte dabei keine aktiv treibende, das politische Handeln direkt beeinflussende, sondern eine indirektere Rolle, insofern die han-

54 Vgl. Josef JOFFE [Ressortchef Außenpolitik], „Das Gebot der Weisheit“, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 28.10.1989 (für europäische Union vor deutscher Einheit), sowie Heinrich JAENECKE, „Gebt der DDR eine Chance“, in: „Stern“ vom 23.11.1989.

55 Vgl. Herbert KREMP [Chefredakteur der „Welt“], „Befreiter Blick aufs Staatsziel“, in: „Die Welt“ vom 11.10.1989; DERS., „Lassen wir uns die Wiedervereinigung von anderen vorformulieren?“, in: „Welt am Sonntag“ vom 19.11.1989; Manfred SCHELL, „Unsere Politik zielt auf Einheit in Freiheit“, in: „Die Welt“ vom 17.11.1990; Hans-Hermann TIEDJE [Chefredakteur der „Bild-Zeitung“], „Wer ja zur Einheit sagt, gewinnt“, in: „Bild“ vom 23.11.1989.

56 ACDP, Pressedokumentation, 1/23/0; vgl. auch Elisabeth NOELLE-NEUMANN (Hg.), *Altenbacher Jahrbuch der Demoskopie*, Bd. 9: 1984/92, München 1993, S. 431–455.

delnden Politiker ihn im Hinblick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen wahrnahmen.

Alles in allem: vor der Zeitenwende von 1989/90 war die deutsche Frage in der politischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik diskursiv präsent. Doch stand die deutsche Einheit nicht auf der politischen Agenda, so dass auch keine konkret umsetzbaren Positionen bezogen waren. Die verschiedenen Parteien waren jedoch unterschiedlich disponiert, dem Gang der Geschichte zu folgen, als diese mit unerwarteter Plötzlichkeit gleichsam um die Ecke bog und die deutsche Einheit ansteuerte. Linke und bürgerliche Parteien einte dabei die leitende Idee einer supranationalen politischen Integration Europas, die in der Bundesrepublik auch im internationalen Vergleich in besonderem Maße forciert wurde, ohne freilich recht genau zu wissen, wie ein europäischer Bundesstaat letztlich konkret aussehen sollte.

Der entscheidende Unterschied lag unterdessen darin, dass diese europäische Union auf Seiten der Linken ohne einen deutschen Nationalstaat gedacht wurde, und sie mit der deutschen Einheit aufs Ganze gesehen wenig anzufangen wusste. Die bürgerlichen Parteien hingegen, und Helmut Kohl in seiner grundständig optimistischen Geschichts- und Weltauffassung zumal, vermochten supranationale Integration und nationalstaatliche Einigung als zwei Seiten einer Medaille aufzufassen. Da sie sich obendrein in der Regierungsverantwortung befanden, konnten die bürgerlichen Parteien somit zu den Parteien der deutschen Einheit werden, nicht nur programmatisch, sondern auch historisch.